

Gemeinderat Metin Deveci

Donnerstag, 27. April 2023

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Auftraggeberhaftung für Paketdienstleister

Bis zu 17 Stunden Tagesarbeitszeit bei einem Stundenlohn von sechs Euro: Die Enthüllungen rund um die Arbeitsbedingungen im DPD-Verteilerzentrum in Kalsdorf schockieren – Leider sind sie kein Zufall, sondern die logische Folge politischer Entscheidungen, allen voran der Post-Liberalisierung 2011. Diese hat vor allem Lohnabbau und massive Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zugunsten der Profite Privater mit sich gebracht.

Es ist dringend nötig, die Augen vor den offensichtlichen Missständen in der Paketdienst-Branche nicht länger zu verschließen. Konzerne müssen vernünftig kontrolliert werden und es muss sichergestellt werden, dass die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter eingehalten werden.

Mit einer Auftraggeberhaftung, wie es sie zum Beispiel auch für die Bauwirtschaft bereits gibt, wäre genau das möglich: Sie besagt, dass der Generalunternehmer beziehungsweise der Auftraggeber bei der Erbringung von Bauleistungen für das Entgelt und für die Abgaben aus Arbeitsverhältnissen von Subunternehmen haftet. Trifft die Finanzpolizei auf einer Baustelle nicht korrekt angemeldete Maurer oder Handwerker, geht die Strafe an den Generalunternehmer. Das gilt für alle etwaigen arbeitsrechtlichen Missstände im Zusammenhang mit diesem Auftrag.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz ersucht den Bundesgesetzgeber auf dem Petitionswege, eine Auftraggeberhaftung im Sinne des Motiventextes in der Paketdienstleisterbranche gesetzlich zu verankern.

